

Anträge 32. Landesparteitag Die Linke Bremen

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 32. Landesparteitag der Linken Bremen am 17. und 18. Februar 2024

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
R 01	Geschäftsordnung des Landesparteitages Landesvorstand	5

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
L 01	Dem Rechtsruck entgegenzutreten: Solidarität und soziale Politik statt Übernahme rechter Parolen: Landesvorstand	16
L 02	Den Weg freimachen: Schuldenbremse überwinden, kommunale Kredite durch Volksentscheid möglich machen! Landesvorstand	21
L 03	Für ein gerechtes Europa! Landesvorstand	24
L 04	Klimaschutz, guter ÖPNV und Arbeitskämpfe gehören zusammen! Solidarität und Unterstützung für die Kampagne #WirFahrenZusammen von Fridays for Future und ver.di! Landesvorstand	27

A - Anträge an den Parteitag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A 01	Ablehnung der Verschärfung von Sanktionen gegen Bürgergeldbeziehende, Resolution als Zeichen der Solidarität vom LPT veröffentlichen Ortsverband Bremen-Nord	29
A 02	Unterbringungssystem für Geflüchtete entlasten – Wohnverpflichtung aufheben LAG Migration und Antirassismus	31
A 03	Bahnwerkstatt: Die versprochene transparente ergebnisoffene Alternativenprüfung umsetzen Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)	33
A 04	Lärmsanierung in Oslebshausen- Stahlwerk und Bahnwerkstatt sind zu viel -Für eine sozial- und umweltgerechte Stadt auch in Oslebshausen- Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)	35
A 05	Senkung des Wahlalters für Beiratswahlen Markus Marina Grünewald (KV Nord-West · Nr. 202)	38
A 06	Nichtraucher:innenschutz verbessern - Rauchen an ÖPNV-Haltestellen verhindern! Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404)	40

O - Anträge mit Organisationsbezug

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
O 02	Bericht des Landesvorstandes Landesvorstand <i>angenommen</i>	8
O 01	Aufklärung über die AfD vorantreiben, braune Hetze zurückweisen Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 204), Thorsten Schildt (KV Nord-West · Nr. 256)	41

Antrag R 01: Geschäftsordnung des Landesparteitages

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des
- 2 Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener
- 3 Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.
- 4 • das Tagungspräsidium,
- 5 • die Mandatsprüfungskommission,
- 6 • die Wahlkommission,
- 7 • die Antragskommission.
- 8 Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei Die Linke sind.
- 9 2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.
- 10 3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des
- 11 Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt
- 12 für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.
- 13 4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die
- 14 Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist
- 15 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten
- 16 Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes
- 17 haben Rederecht.
- 18 5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag
- 19 beschlossenen Tagesordnung.
- 20 6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das
- 21 Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der
- 22 Redner*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge
- 23 der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Erstredende Delegierte werden
- 24 innerhalb ihrer Redeliste vorgezogen.
- 25 Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt maximal vier Minuten. Längere
- 26 Redezeiten sind durch die*den Redner*in vor Beginn der Rede zu beantragen und
- 27 bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.
- 28 Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner*innen zu stellen. Die
- 29 Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.
- 30 7 Anträge, die nach Antragschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und
- 31 Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und
- 32 erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von

- 33 mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.
- 34 Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller*innen
35 das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein*e
36 Redner*in dagegen und ein*e Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür
37 jeweils maximal zwei Minuten.
- 38 Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden
39 Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
- 40 8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls
41 der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
42 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese
43 ändern sollen. Sie können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.
- 44 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf
45 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw.
46 gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch
47 entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.
- 48 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede*n Delegierte*n
49 gestellt werden.
- 50 9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb
51 der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält
52 höchstens ein*e Redner*in dagegen und eine Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit
53 beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während
54 Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.
- 55 Die Anträge „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur
56 Tagesordnung“ können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem
57 Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
- 58 Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.
- 59 10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden
60 angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum
61 Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und
62 diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.
- 63 11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum
64 des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem
65 Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter
66 Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.
- 67 12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der
68 eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des
69 Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.
- 70 13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die
71 Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf
72 begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
73 angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich
74 durchgeführt.
- 75 14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine

- 76 Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind
77 schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu
78 beurkunden.
79 Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
80 Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.
81 15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
82 16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der
83 angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung
84 sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

Begründung

Es handelt sich um die Geschäftsordnung, die auch die letzten Jahre Grundlage der Beratungen des Landesparteitages war.

Antrag O 02: Bericht des Landesvorstandes

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

1 Bericht des Landesvorstandes

2 *Dieser Bericht über die Arbeit des Landesvorstandes soll zum einen darstellen, was*
3 *der Landesvorstand in den vergangenen zwei Jahren gemacht hat und zum anderen einen*
4 *Eindruck über die Lage des Landesverbands vermitteln. Wir haben explizit auch*
5 *Leerstellen und Entwicklungsbedarfe markiert, auch um dem nächsten Landesvorstand*
6 *diesen Versuch einer Bestandsaufnahme mit auf den Weg zu geben. Außerdem haben wir*
7 *versucht zwischendurch auch ein paar Grundsätzlichkeiten zu erklären, die*
8 *vielleicht für alle interessant sind, die nachvollziehen wollen, wie die Arbeit des*
9 *Landesvorstandes funktioniert.*

10

11 Ausgangslage vor 2 Jahren

12 Hinter uns bzw. dem Landesverband lagen zwei Jahre Corona-Pandemie. In dieser Zeit
13 ist einiges an Parteileben eingeschlafen bzw. hat primär digital stattgefunden,
14 trotzdem hatten wir während der Pandemie einige Eintritte. Dadurch hat sich der
15 Landesverband auch deutlich verjüngt. Politische Kontroversen, die die Zeit der
16 Corona-Pandemie geprägt haben, sind vor allem an Fragen der Corona-Bekämpfung und
17 dem Umgang mit den Folgen und mit Reaktionen wie den Corona-Leugnern bzw.
18 Querdenkern entflammt und haben auch den Landesverband in Teilen beschäftigt.

19 Darüber hinaus lagen hinter uns die ersten anderthalb Jahre Regierungsbeteiligung
20 in der Bremer Landesregierung. Durch die Regierungsbeteiligung haben sich viele
21 neue Aufgaben ergeben und viele Ressourcen fließen nun auch in diese Arbeit.

22 Die Wahl des Landesvorstandes fand im Januar 2022 auf einem digitalen
23 Landesparteitag statt.

24 Damalige Zusammensetzung: Christoph Spehr, Anna Fischer, Birgit Menz, Klaas Anders,
25 Felix Pithan, Tim Sültenfuß (Rücktritt Sommer 2022), Tim Ruland, Christian Gloede,
26 Monika Waldkirch (Rücktritt Sommer 2022), Nomazulu Thata (Rücktritt Frühjahr 2022),
27 Mara Sterra, Doris Achelwilm. Nachgewählt wurden: Eddy Zitelmann (Herbst 2022) und
28 Friederike Bozukluhan-Emole (Juni 2022). Ein quotierter Platz ist seit dem
29 Rücktritt Monikas vakant geblieben.

30

31 Sitzungen des Landesvorstandes

32 Sitzungen des Landesvorstandes fanden in der Regel alle 2,5 Wochen wechselnd Sonntag
33 nachmittags und Mittwoch abends statt. Sitzungen sonntags fanden in Präsenz mit
34 hybrider Option statt, mittwochs haben wir uns komplett digital getroffen.

35 Präsenzsitzungen waren dabei deutlich effektiver und angenehmer und der nächste

36 Landesvorstand sollte sich überlegen, Sitzungen grundsätzlich nur noch in Präsenz
37 (mit hybrider Option) durchzuführen. Die Landesvorstandssitzungen wurden immer in
38 der Dienstagsmail (Infobrief) angekündigt und die Einladungen an die Kreisvorstände
39 verschickt. Landesvorstandssitzungen sind grundsätzlich allen Mitgliedern offen und
40 Anträge (politische Positionierungen oder Finanzanträge) können von allen
41 Mitgliedern gestellt werden.

42

43 **Mitgliederentwicklung & Neumitgliederbetreuung**

44 Auf die letzten zwei Jahre gesehen haben wir in den absoluten Zahlen der
45 Mitgliedschaft unser Niveau von gut 700 Mitgliedern gehalten, auch wenn sich
46 dahinter ein lebhaftes Ein- und Austrittsgeschehen verbirgt. Zwischen März 2022 und
47 März 2023 gab es deutlich mehr Austritte als Eintritte, im letzten Quartal 2023 hat
48 eine große Eintrittswelle dieses Verhältnis umgekehrt und gewissermaßen das
49 Übergewicht an Austritten davor kompensiert. Auf die Kreisverbände haben sich Ein-
50 und Austritte unterschiedlich ausgewirkt. Bremerhaven bleibt auf dem gleichen
51 Niveau, Nord-West hat netto weniger Mitglieder und Mitte-Ost und Links der Weser
52 mehr. Um das (zu Beginn der Amtszeit des Landesvorstands formulierte) Ziel von
53 1000+x Mitgliedern nach der Bundestagswahl 2025 zu erreichen, müssen wir das Tempo
54 des zweiten Halbjahrs 2023 fortsetzen. Insgesamt haben wir eine Mitgliedschaft, die
55 noch viel stärker auf innenstadtnahe Stadtteile fokussiert ist und ältere
56 Genoss*innen, die vor allem in äußeren Stadtteilen die Stellung gehalten haben,
57 brechen weg durch Alter, Austritt oder Tod. Neue Mitglieder sind vor allem in den
58 Altersgruppen 21-35 Jahre eingetreten (die meisten Austritte gab es allerdings auch
59 in diesen Gruppen, insbesondere 31-35 Jahre) und das Durchschnittsalter wurde um
60 ungefähr ein Jahr auf 43 Jahre gesenkt. Das Medianalter beträgt 38,5 Jahre.

61 Die Verjüngung des Landesverbands ist auch in den Strukturen angekommen: In
62 Kreisvorständen, im Landesvorstand und in den Landesarbeitsgemeinschaften arbeiten
63 zumeist Genoss*innen unterschiedlicher Generationen zusammen. Diese Entwicklung ist
64 äußerst positiv. Dazu gibt es weiterhin eine sehr aktive Basisgruppe in Mitte-Ost,
65 in der viele neue Mitglieder zunächst aktiv werden. Außerdem befindet sich eine
66 Basisgruppe in Links der Weser im Aufbau. Dafür haben wir deutlich aktivere
67 Strukturen und haben es in den letzten zwei Jahren auch geschafft, die Integration
68 unterschiedlicher Generationen zu gestalten.

69 Besonders viele Eintritte konnten wir im Oktober und November 2023 verzeichnen nach
70 der Ankündigung von Sahra Wagenknecht, eine eigene Partei zu gründen. Damit
71 verbunden gab es auch einige Austritte, insbesondere auch im Januar 2024. Dabei
72 haben wir auch Genoss*innen verloren, die lange Mitglied der Bremer Linken waren.
73 Insbesondere die Austritte von vier Beiräten (Burglesum, Obervieland, Neustadt,
74 Horn-Lehe), reißen Lücken, die nicht so einfach zu füllen sind.

75 Der Landesvorstand hat insgesamt 3 Neumitgliedertreffen organisiert. Zu allen
76 Neumitgliedertreffen gab es äußerst positive Rückmeldungen und das Ziel sollte
77 sein, einmal im halben Jahr ein Neumitgliedertreffen anzubieten.

78 Abgesehen von stadt-/landesweiten Neumitgliedertreffen findet der Großteil der

79 Neumitgliederbetreuung in den Kreisverbänden statt. Es gibt es Bestrebung unter den
80 Kreisvorständen eine Neumitgliederbroschüre zu entwickeln, um neuen Genoss*innen
81 effektiv alle wichtigsten Informationen zur Orientierung zukommen zu lassen.

82 Eine große Herausforderung vor zwei Jahren war die Wiederbelebung des Parteilebens
83 nach Corona: In den vergangenen zwei Jahren hat sich dank des Engagements auch und
84 gerade der Kreisvorstände und Basisgruppen das Parteileben wieder deutlich belebt
85 und stabilisiert. Dadurch ist insbesondere die Integration neuer Genoss*innen gut
86 gelungen.

87

88 **Bürgerschaftswahlkampf**

89 Die Bürgerschaftswahl war die zentrale Aufgabe des Landesvorstands in den
90 vergangenen zwei Jahren. Die Aufgaben umfassten unter Anderem: Formulierung der
91 Wahlkampfstrategie, Auswahl der Agentur, Organisation der Erstellung des
92 Wahlprogramm-Entwurfs und dessen Beschluss, zentrale Entscheidungen zur Kampagne,
93 Einberufung und Begleitung des Wahlkampf-Koordinierungsrats, Entscheidungen über
94 das Wahlkampf-Budget, Konzeption von Veranstaltungen, Bewertung der Entwicklungen
95 des Wahlkampfes und der politischen Lage, Entscheidung über die Aufnahme von
96 Sondierungsverhandlungen, Begleitung der Koalitionsverhandlungen.

97 Neben dem Landesvorstand gab es zur Koordinierung des Wahlkampfes die sogenannte
98 10er-Runde, bestehend aus Spitzenkandidatinnen, Fraktionsvorsitzende,
99 Geschäftsführender Vorstand, Fraktionsgeschäftsführer, Landesgeschäftsführer.

100 Während des Bürgerschaftswahlkampfes und schon in der Vorbereitung auf den Wahlkampf
101 haben sich viele Entscheidungs- und Informationsprozesse aus dem Landesvorstand
102 heraus hin Richtung der 10er-Runde verschoben. Dadurch ist teilweise ein
103 Legitimationsdefizit entstanden. Am Ende hat der Prozess funktionierende und
104 erfolgreiche Ergebnisse hervorgebracht, war aber trotzdem für Beteiligte aus dem
105 Landesvorstand unbefriedigend und im Falle eines Misserfolgs der strategischen und
106 operative Überlegungen hätte der Landesvorstand nicht in der Form wie es eigentlich
107 vorgesehen ist Verantwortung für die Entscheidungen etc. übernehmen können.

108 Die Verzahnung der unterschiedlichen Ebenen in den Landesverband hinein über den
109 Wahlkampfkoordinierungsrat hat vor allem in der Vorbereitungsphase relativ gut
110 funktioniert. Die Organisation der Infostände und der Stadtteilstände wurde
111 dezentral geregelt über die Kreisvorstände und einzelne Organisationsgruppen. Durch
112 die wirklich breite Beteiligung am Wahlkampf, auch über die Bremer Grenzen hinaus,
113 hat in Bremen äußerst gut funktioniert. In Bremerhaven war vor allem die vom
114 Kreisvorstand organisierte Veranstaltung mit Gregor Gysi sehr erfolgreich.

115 Neben den organisatorischen Ebenen fanden noch Wahlplena statt, zu denen alle
116 eingeladen waren und bei denen über den aktuellen Stand der Planungen informiert
117 und die Kampagne vorgestellt wurde. In der Vorbereitungsphase wurde das Format
118 einigermaßen gut angenommen, im Wahlkampf selber hat das Wahlplenum nicht mehr
119 stattgefunden. Es ist für die kommenden Wahlkämpfe zu diskutieren, in welcher Form
120 die breite Einbindung gewünscht und sinnvoll umgesetzt werden kann.

121

122 **Austausch mit Kreisvorständen und Fraktion**

123 Der Austausch mit den Kreisvorständen hat sich lange vor allem auf dem Wahlkampf
124 bezogen und ist danach teilweise eingeschlafen. Der Austausch mit den
125 Kreisvorständen ist oft hilfreich für die Fragen der Parteientwicklung und um
126 drängende Themen aus den Kreisverbänden aufzunehmen.

127 Der Austausch mit der neuen Fraktion läuft bisher äußerst schleppend. Idealerweise
128 sollte bei jeder Sitzung eine*r Abgeordnete*r präsent sein, aktuell ist das äußerst
129 selten der Fall. Der Austausch mit der Fraktion wird in den kommenden Jahren vor
130 allem wichtig sein, um die Rolle der Fraktion in der weiteren Parteientwicklung zu
131 bestimmen und ggf. gemeinsame zentrale politische Projekte festzulegen bzw. diese
132 gemeinsam zu bearbeiten.

133 Insgesamt wäre es hilfreich, wieder zu einer langfristigen Planung von gemeinsamen
134 Terminen mit Kreisvorständen und Fraktion zurück zu kehren.

135

136 **Bremerhaven und Bremen-Nord**

137 In Bremerhaven und Bremen-Nord ist unsere Partei von Strukturschwäche und einer zu
138 geringen Zahl an aktiven Mitgliedern geprägt. Wir haben uns von Anfang an
139 vorgenommen, in diese Bereiche als Landesvorstand stärker hineinzuwirken, auch um
140 die Genoss*innen vor Ort besser zu unterstützen.

141 In Bremen-Nord gibt es einen Ortsverband, der sich regelmäßig trifft, allerdings
142 wird die Zahl der Aktiven geringer und es gelang uns zur Beirätewahl nicht, im
143 Beiratsgebiet Vegesack zur Wahl anzutreten. Durch den Austritt eines weiteren
144 Beirats sind wir nun nur noch in Blumenthal mit einem Beirat vertreten. Vom
145 Ortsverband wurde in einem Brandbrief die Prekarität der Bremen-Norder Strukturen
146 an den Landesvorstand angekündigt, dazu wurde die Unzufriedenheit der Genoss*innen
147 vor Ort mit der politischen Entwicklung der Linken allgemein und auch spezifisch in
148 Bremen kommuniziert. Der Landesvorstand war auch in Person der Landessprecher*innen
149 circa drei Mal zum Austausch im Ortsverband Bremen-Nord zu Besuch. Es ist eine
150 zentrale Aufgabe des nächsten Landesvorstands gemeinsam mit dem Kreisvorstand Nord-
151 West und den Aktiven vor Ort eine Perspektive für die Linke in Bremen-Nord zu
152 entwickeln. Initiativen wie aus der Basisgruppe Mitte-Ost, zur Unterstützung nach
153 Bremen-Nord zu kommen sollten dabei mit aufgegriffen werden.

154 In Bremerhaven müsste eigentlich ein äußerst großes politisches Potential liegen,
155 trotzdem ist unser Kreisverband dort vergleichsweise klein und die Zahl der Aktiven
156 deutlich zu gering, um ein funktionierendes Parteileben zu gewährleisten. Der
157 Landesvorstand war, auch durch die Initiative einzelner Mitglieder des
158 Kreisvorstands relativ beständig im Austausch mit den Bremerhavener Genoss*innen.
159 Trotzdem ist es schwierig, den Kreisverbands aus Bremen heraus effektiv zu
160 unterstützen. Begrüßenswert ist die Initiative Bremer Genoss*innen aus den
161 Basisgruppen, eine Vernetzung mit Bremerhavener Genoss*innen auf die Beine zu
162 stellen, um die Strukturen vor Ort zu unterstützen. Die Unterstützung des Aufbaus

163 von Strukturen in Bremerhaven wird auch für den nächsten Landesvorstand von
164 herausgehobener Bedeutung sein.

165

166 **Awareness-Strukturen / Ansprechpersonen bei Sexismus und Grenzüberschreitung**

167 Es wurde noch im Vorstand davor eine Initiative für den Aufbau von Strukturen zum
168 Umgang mit Sexismus und Grenzüberschreitungen gestartet. Es gibt in allen
169 Kreisverbänden Ansprechpersonen, die diese Aufgabe unterschiedlich aktiv
170 wahrnehmen. Die Gruppe aus den Ansprechpersonen aller Kreisvorstände trifft sich in
171 unregelmäßigen Abständen und war auf den letzten Parteitagen und teilweise auch auf
172 Kreismitgliederversammlungen sichtbar und ansprechbar. Eine anstehende Aufgabe ist,
173 die Funktionsweise der Struktur im Hinblick auf den Beschluss des Bundesparteitags
174 zu diesem Thema (Leitfaden zum Umgang mit Sexismus und sexistischer Gewalt in der
175 LINKEN) angepasst werden sollte. In Absprache mit den Ansprechpersonen und den
176 Kreisvorständen sollte regelmäßig geprüft werden, welche Unterstützung notwendig
177 ist.

178

179 **Strategische und inhaltliche Weiterentwicklung**

180 Gerade in von Veränderung geprägten Zeiten, stehen wir auch vor vielen
181 programmatischen Herausforderungen. Grundsätze unserer politischen Ausrichtung
182 werden von der Realität herausgefordert und wir müssen Positionen zu Themen
183 entwickeln, mit denen wir uns vorher nicht in der Form auseinander gesetzt haben
184 Wir haben uns als Landesvorstand die Aufgabe gestellt, programmatische Debatten
185 innerhalb des Landesverbands aktiv zu begleiten. Teilweise ist das gelungen, aber
186 es bleiben Leerstellen.

187 **Friedenspolitik:** Kurz nach der Beginn der Amtszeit des Landesvorstands brach der
188 Ukraine-Krieg durch den Angriff Russlands auf die Ukraine aus. Der Krieg hat die
189 große Teile der Friedensbewegung in eine Krise gestürzt. Auch in der Linken gab es
190 Unklarheiten zum Umgang, auch aufgrund der traditionellen Nähe zu Russland. Eine
191 zentrale Rolle in der Auseinandersetzung innerhalb der Linken spielte zu der Zeit
192 und bis heute die Frage der Waffenlieferungen. Wir haben uns im Bremer
193 Landesverband abweichend von der Haltung der Bundespartei nicht pauschal gegen
194 Waffenlieferungen gestellt (Äußerungen der Landessprecher*innen Frühjahr 2022 und
195 Landesparteitag Sommer 2022). Diese Frage war in den vergangenen Jahren immer
196 wieder Grund für Kontroversen, auch wenn das Thema nicht für alle Genoss*innen die
197 gleiche zentrale Rolle gespielt hat.

198 Im Zuge der Auseinandersetzung hat sich die AG Frieden und Antimilitarismus
199 gegründet, die sich deutlich gegen Waffenexporte positioniert hat. Aus dem Kreise
200 der AG gab es zum Ende 2023 bzw. Beginn 2024 vereinzelte Austritte. Es gab außerdem
201 verschiedene andere Diskussionsformate, die unterschiedlich gut funktioniert haben.
202 Trotzdem gab es in Teilen des Landesverbands und dem Umfeld sehr konstruktive
203 Auseinandersetzungen mit dem Thema, in denen auch Weiterentwicklungen stattgefunden
204 haben. Eine Programmkommission, wie sie im Juni 2022 auf dem Parteitag beschlossen

205 wurde, hat sich allerdings aufgrund des fehlenden Interesses geeigneter
206 Genoss*innen nicht gegründet.

207 **Wirtschaftspolitik:** Gerade im Hinblick auf unsere Ressortverantwortung für das
208 Wirtschaftsressort haben wir uns in den vergangenen vier Jahren vorgenommen, uns
209 mehr mit Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen. Dieses Vorhaben wurde nicht in
210 einen strukturierten Ansatz überführt und über vereinzelte Debatten sind wir nicht
211 hinausgekommen. Hier bleibt eine weitestgehende Leerstelle.

212 **Umgang mit Widersprüchen:** Eine weitere Leerstelle ist der Umgang mit Widersprüchen,
213 die durch die Regierungsbeteiligung noch deutlicher zu Tage treten, wie im Bereich
214 der Kita-Politik. Unsere Positionen lassen sich häufig nicht eindeutig an z.B. den
215 Gewerkschaften/Beschäftigtenvertretungen orientieren, hier noch mehr formulierte
216 Positionen zu entwickeln wäre auch im Hinblick auf die Debatten jenseits unserer
217 Partei hilfreich.

218 **Fachpolitische AGs sind ein positiver Faktor:** In Bereichen, in denen wir gut
219 aufgestellte fachpolitische AGs haben, finden programmatische Debatten statt, die
220 durch Veranstaltungen, Positionspapiere und Parteitageanträge auch die Breite des
221 Landesverbands erreichen. Exemplarisch genannt werden können hier die Umwelt-AG und
222 die AG Gesundheit. Die Arbeit von Genoss*innen an der Basis findet immer wieder auf
223 diesem Wege auch den Weg auf die parlamentarische Ebene.

224 **Idee – Programmatisches Forum:** Eine Idee für einen strukturellen Ansatz für die
225 Förderung inhaltlicher/programmatischer Debatten könnte ein inhaltliches (z.B.
226 1x/Monat) stattfindendes programmatische Forum mit wechselnden inhaltlichen
227 Schwerpunkten sein.

228 **Ein Themenfeld, das wir nicht aus dem Blick verlieren sollten:** In den kommenden
229 Jahren werden Fragen der Bildungspolitik, auch in Hinblick auf den 2029
230 auslaufenden Schulkonsens wichtiger werden. Hier können mit Sicherheit weitere
231 Themenfelder hinzugefügt werden.

232

233 **Begleitung der Regierungsarbeit**

234 Die Begleitung der Regierungsarbeit fand vor allem durch die (teilweise sehr
235 involvierten) Landessprecher*innen statt. Die Perspektive von Genoss*innen, die mit
236 mehr Abstand auf die Regierungsarbeit schauen, fehlt teilweise. Der nächste
237 Landesvorstand sollte überlegen, was die konkreten Ansprüche an die Begleitung der
238 Regierungsarbeit sind und wie diese besser erfüllt werden können. Sowohl die
239 Berichte an den Landesvorstand als auch die Impulse aus dem Landesvorstand heraus
240 sind Stellschrauben mit Verbesserungsmöglichkeiten.

241 Außerdem fehlt teilweise Vernetzungsarbeit im Hinblick auf die Regierungsarbeit
242 innerhalb des Landesverbands, insb. in Richtung der Beiräte.

243

244 **Öffentlichkeitsarbeit**

245 Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands hat sich in den vergangenen zwei

246 Jahren deutlich verbessert. Durch die breitere Aufstellung der Social Media
247 Redaktion, aber noch mehr durch die professionelle Besetzung der Social Media
248 Arbeit von Sommer 2022 bis zum Bürgerschaftswahlkampf haben wir viele Schritte nach
249 vorne gemacht. Das neue Corporate Design vereinfacht die Gestaltung attraktiver
250 Designs. Trotzdem stellt die Arbeit ohne bezahlte Stelle eine Herausforderung dar,
251 weshalb es gut ist, dass im aktuellen Finanzplan ein Mini-Job für diesen Bereich
252 vorgesehen ist.

253

254 **Präsenz auf Bundesebene**

255 Wir waren in den vergangenen zwei Jahren insbesondere in Person der
256 Landessprecher*innen deutlich präsenter auf Bundesebene vertreten und involviert
257 als noch in den Jahren davor. Auch durch das Auftreten der Landesvorsitzenden als
258 kollektiv agierender Akteur innerhalb der Bundespartei gab es hier mehr
259 Möglichkeiten der Einwirkung, welche wir auch aus Bremen aktiv wahrgenommen haben.
260 Im Parteivorstand sitzt mit Maja Tegeler auch ein Mitglied des Bremer
261 Landesverbands und seit dem letzten Landesparteitag (Nov 2023) hat die
262 Bundesschiedskommission mit Cordula Oedingen ein Bremer Mitglied. Darüber hinaus
263 haben wir es geschafft mit Lucas Fiola einen Bremer Kandidaten auf einen sichtbaren
264 (zehnten) Platz auf der Europaliste zu platzieren.

265

266 **Die Linke hilft**

267 In den vergangenen Jahren wurde immer wieder die Etablierung von „Die Linke hilft“-
268 Strukturen gefordert. Ein Anlauf dafür wurde 2022 gestartet und ein
269 Beratungsangebot in Tenover begonnen. Mit dem Wahlkampf ist das Angebot allerdings
270 wieder eingeschlafen und seitdem wurden keine weiteren Anläufe mehr unternommen.
271 Der Landesvorstand hat in den vergangenen beiden Jahren für sich festgestellt, dass
272 diese Initiativen aus der Breite der Mitgliedschaft kommen müssen und vom
273 Landesvorstand nur begleitet und nicht aktiv durch Aufbau der Struktur gefördert
274 werden können.

275

276 **Parteitage**

277 Es gab seit dem Parteitag im Januar 2022 vier weitere Parteitage. Ihre Beschlüsse
278 können hier nachgelesen werden:

279 <https://www.dielinke-bremen.de/partei-und-struktur/landesparteitage/>

280 • Juni 2022

281 • /27. November 2022 (Wahlprogramm)

282 • Mai 2023 (Entscheidung Aufnahme Koalitionsverhandlungen)

283 • Juli 2023 (Annahme Koalitionsvertrag)

284 • Oktober 2023

285 • Außerdem: 3. September 2023 Aufstellungsversammlung Bürgerschaftswahl Bremen
286 und 5. November 2023 Aufstellungsversammlung Bürgerschaftswahl und

287 Stadtverordnetenwahl Bremerhaven

288

289 **Netzwerkarbeit**

290 Wir haben uns zu Beginn der Amtszeit des Landesvorstands vorgenommen, durch die
291 Breite und Größe des Landesvorstands verstärkt Netzwerkarbeit zu betreiben, sowohl
292 innerhalb des Landesverbands als auch nach außen. Die jeweiligen fachpolitisch
293 Zuständigen sollten für ihre jeweiligen Bereiche Scharnierfunktionen einnehmen und
294 sich mit den (wenn bestehenden) fachpolitischen Arbeitsgruppen, zuständigen
295 Bürgerschaftsabgeordneten, ggf. linken Ressorts und dem außerparlamentarischen
296 Netzwerk vernetzen. Das ist in den meisten Bereichen nicht in der Form gelungen.
297 Trotzdem halten wir das Konzept für sinnvoll und schlagen dem nächsten Vorstand vor
298 zu versuchen, die Rolle der fachpolitischen Zuständigkeit im Landesvorstand noch
299 einmal neu aufzuwerten.

300 Zusätzlich sollte der nächste Landesvorstand die Vernetzung mit der erweiterten
301 Organisationsfamilie, also dem Jugendverband und der Rosa-Luxemburg-Initiative in
302 Bremen wieder stärker ins Auge fassen und verstetigen.

303

Begründung

Die Einordnung dieses Berichts als Antrag erfolgt aus rein technischen Gründen, damit unser elektronisches System diesen im Antragsheft abbilden kann.

Antrag L 01: Dem Rechtsruck entgegenreten: Solidarität und soziale Politik statt Übernahme rechter Parolen:

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Seit Mitte Januar sind bundesweit über eine Million Menschen innerhalb kürzester
- 2 Zeit auf die Straße gegangen, um „Laut gegen Rechts“ zu demonstrieren. In Bremen
- 3 waren es mindestens 50.000. Anlass waren die Enthüllungen des Recherche-Zentrums
- 4 correctiv zum Rechtsextremisten-Treffen im November 2023 in der Villa Adlon.
- 5 Mitglieder von AfD, Werteunion, CDU und Identitären diskutierten auf diesem Treffen
- 6 über einen „Masterplan zur Remigration“, wie Asylsuchende, Ausländer*innen mit
- 7 Aufenthaltstitel und deutsche Staatsbürger*innen mit Migrationsbiographie aus
- 8 Deutschland vertrieben werden sollen.
- 9 Die Recherchen haben die faschistischen und antidemokratischen Bestrebungen der
- 10 extremen Rechten und vor allem ihre äußerst gute Vernetzung in Kreise der AfD, CDU
- 11 und reicher Unternehmer offengelegt. Nur wenige Kilometer vom Ort der
- 12 Wannseekonferenz 1942 entfernt, wirft das Treffen ein Schlaglicht darauf, welche
- 13 Pläne mit dem weiteren Erstarken der AfD verbunden und verfolgt werden. Damit
- 14 stellt sich auch die Frage, ob ein Verbotverfahren gegen die AfD eingeleitet
- 15 werden soll, mit neuer Dringlichkeit.
- 16 Die Demonstrationen gegen Rechts in den Wochen seither markieren eine Zäsur. Mit
- 17 einer enormen Breite und mehr oder weniger spontan haben Hunderttausende deutlich
- 18 gemacht, dass sie die Rechtsverschiebung des gesellschaftlichen Klimas und den
- 19 Aufstieg der AfD nicht hinnehmen, dass sie die Straße und den öffentlichen Diskurs
- 20 zurückfordern.
- 21 Der Rechtsruck, den wir in Deutschland seit 2015 und ganz verstärkt seit der
- 22 Bundestagswahl 2021 erleben, geht nicht alleine auf das Konto der extremen Rechten.
- 23 Rechte Rhetorik und rechte Programmatik zu den Themen Migration, Diversität,
- 24 Sozialleistungen, der Aufruf zu einem Kulturkampf gegen fortschrittliche
- 25 Veränderungen und offene Gesellschaft: All das ist längst Bestandteil der Agitation
- 26 der CDU geworden und reicht bis in die Ampelkoalition hinein. Dass es die AfD nur
- 27 stärker macht, weil man ihr letztlich beipflichtet, ist inzwischen unübersehbar und
- 28 wird bewusst in Kauf genommen.
- 29 Im Faschismus ist niemand sicher. Beim Spiel mit der Ausgrenzung kann jeder der
- 30 nächste sein. Die Demonstrationen gegen Rechts machen auch den langjährigen
- 31 Versuchen einen Strich durch die Rechnung, sich Anerkennung bei der vermeintlichen
- 32 „Mehrheitsgesellschaft“ zu erkaufen, indem man diejenigen ausgrenzt und angreift,
- 33 die ohnehin schon marginalisiert sind: Geflüchtete, Erwerbslose, junge Klima-

34 Aktivist*innen, Menschen mit nicht-traditioneller Geschlechtsidentität. Die
35 Proteste senden dagegen ein starkes Zeichen: „Wir“ sind alle – wir stehen
36 solidarisch zusammen und wollen keine Politik auf Kosten derer, die bereits
37 benachteiligt, ausgegrenzt, attackiert werden!

38 Die Politik der Entsolidarisierung und der sozialen Härten schafft dabei immer
39 wieder erneut ihre eigenen politischen Voraussetzungen: Unsicherheit und
40 Delegitimierung. Wir erleben seit Jahren eine wachsende Vertrauenskrise gegenüber
41 dem demokratischen System, dem Sozialstaat und der wirtschaftlichen Entwicklung.
42 Die Grundüberzeugung, dass die Gesellschaft Entscheidungen fällen kann, die für
43 alle die Zukunft sichern und letztlich auch für alle Einzelnen eine sozial und
44 wirtschaftlich sichere Perspektive bieten, ist dramatisch im Schwinden. Stattdessen
45 haben Scheinlösungen und Entsolidarisierung Hochkonjunktur in der
46 gesellschaftlichen Debatte. Rechtspopulistische Agitation, allgemeine
47 Krisenerfahrung, eine durch die langen Jahre des Neoliberalismus geschwächte
48 öffentliche Handlungsfähigkeit, akute Fehler der Bundesregierung und das
49 opportunistische Agieren der Unions-Opposition wirken dabei in fataler Weise
50 zusammen.

51 Was wir anstatt dessen fordern: Eine Politik, die gespeist ist aus einer
52 solidarischen und gerechten Vision für die Zukunft der Gesellschaft. Das bedeutet,
53 die Demokratie und die Menschenrechte, sowie die sozialen Rechte aller Mitglieder
54 der Gesellschaft zu verteidigen. Das bedeutet auch, konkrete Politik zu machen, die
55 die Situation der Menschen verbessert und die Weichen dafür stellt, dass dies auch
56 in Zukunft so bleibt. Einzig eine seriöse Politik, die die Probleme der Menschen
57 ernst nimmt, aber gleichzeitig nicht populistischen Forderungen verfällt, hat die
58 Chance den Rechten etwas entgegenzusetzen.

59 Die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Ampel-Koalition wird der
60 Anforderung nicht gerecht, Krise und Transformation gerecht und solidarisch zu
61 bewältigen. Sie produziert soziale Spaltung, aber auch große Unsicherheit. Die
62 Ampel gibt keine Antwort auf die Frage, wie ein zukünftiges Wohlstandsmodell
63 aussehen soll und wie der Weg dahin sozial gerecht gestaltet wird. Soziale
64 Sicherheit und starke Zukunftsinvestitionen müssten die Eckpunkte für einen neuen
65 sozialen Gesellschaftsvertrag sein, die sich in verlässlichen Leitlinien
66 niederschlagen, was in der Veränderung gelten soll – und woran die Regierung sich
67 hält.

68 Wir treten für die folgenden Leitlinien ein:

69 **1. Die untere Einkommenshälfte von den Kosten der Transformation freistellen**

70 Die klimapolitische Transformation vollzieht sich auch über steigende Preise und
71 private Investitionskosten. Es muss klar sein, dass das nicht zu einer verstärkten
72 sozialen Spaltung führen darf. Daher muss gelten: Die untere Einkommenshälfte muss
73 von den Kosten der Transformation konsequent freigestellt sein, darüber muss
74 gestaffelt werden. Dazu gehört eine soziale Preisgestaltung im Einzelnen,
75 ausreichende Förderprogramme und ein genereller Ausgleich über das Klimageld.

76 Ein wichtiger Baustein sind günstige oder kostenfreie öffentliche Leistungen für

77 alle. Wir setzen uns im Bundesland weiter dafür ein, dass der ÖPNV bezahlbar
78 bleibt, dass das Stadtticket ausgeweitet wird, dass Bildung kostenfrei ist und dass
79 Gebühren maßvoll bleiben.

80 **2. Lohn muss zum Leben reichen – für alle Familienformen**

81 Alle Berechnungen zeigen klar: Mit einem Vollzeitinkommen zum Mindestlohn stehen
82 sich selbst ungünstige Familienkonstellationen besser als mit Bürgergeld. Das gilt
83 allerdings nur in Verbindung mit Familienzuschlag und Wohngeld. Diese
84 Transferzahlungen ersetzen die früheren „Familienlohn“-Bestandteile in den
85 Lohntarifen und müssen ein angemessenes Einkommen für unterschiedliche
86 Familienformen gewährleisten.

87 Dann müssen sie aber auch so behandelt werden. Wir sprechen uns dafür aus, das
88 Wohngeld genau wie das Kindergeld mit dem Lohn auszuzahlen und die Verfahren
89 entsprechend zu vereinfachen. Die Kindergrundsicherung muss sich an den realen
90 Bedarfen orientieren und darf nicht zum Spielball von Haushaltskürzungen werden.
91 Der Mindestlohn muss auf 15 Euro steigen.

92 Im Bundesland setzen wir uns dafür ein, dass die quartiersnahen Beratungs- und
93 Informationsangebote ausgebaut werden und insbesondere Wohngeld zeitnah ausgezahlt
94 wird. Auch über den neuen Mietspiegel und die damit verbundenen Rechte für
95 Mieter*innen soll breit informiert werden.

96 **3. Qualifikation darf kein Luxus sein**

97 Wenn Weiterqualifikation und lebenslanges Lernen zentrale Elemente der
98 Transformation sind, dann dürfen auch sie nicht zur Verstärkung der sozialen
99 Spaltung führen. Qualifikation darf nicht zu Einkommenseinbußen führen, sondern
100 muss sich lohnen. Die Streichung des Qualifizierungsbonus beim Bürgergeld ist
101 sozial und strategisch falsch, genauso die geplante Nullrunde beim BAföG.
102 Unbezahlte oder prekär bezahlte Ausbildungen müssen der Vergangenheit angehören.
103 Berufsbegleitende Qualifizierung erfordert einen angemessenen Ausgleich für
104 reduzierte Arbeitszeit.

105 Im Bundesland setzen wir uns für den weiteren Ausbau bezahlter Ausbildungen wie der
106 praxisintegrierten Erzieher*innen-Ausbildung (PiA) ein, für den Erhalt der
107 Ausbildungsaufstiegsförderungen und für eine Transitionsgesellschaft, die
108 Umqualifizierung in kritischen Branchen frühzeitig fördert.

109 **4. Infrastruktur braucht Mindeststandards**

110 Das Prinzip der gleichwertigen Lebensumstände steht massiv unter Druck. Die
111 sozialräumliche Spaltung nimmt zwischen den Regionen zu, aber auch innerhalb der
112 Städte. Für die Lebensqualität wesentliche Infrastrukturen (ÖPNV, moderner
113 Wohnraum, Schulen, Gesundheitsversorgung) stehen häufig nur noch unzureichend zur
114 Verfügung. Das Infrastruktur-Niveau wird von mehreren Faktoren gesteuert: Der
115 räumlichen Verteilung von Wertschöpfung und Arbeitsproduktivität, aber auch von
116 Mobilität und Digitalisierung, sowie von Umverteilung zwischen Regionen und
117 zwischen sozialen Gruppen.

118 Wir kritisieren daher scharf, dass die Bundesregierung plant, ihre Anteile an den

119 verschiedenen Regionalisierungsmitteln (Wirtschaftsförderung, ÖPNV,
120 Städtebauförderung ...) zu senken, und generell keine Klarheit über die
121 mittelfristige Finanzierung wesentlicher Instrumente schafft (Deutschlandticket,
122 IPCEI-Förderung usw.) Notwendig sind stattdessen Mindeststandards für
123 Infrastruktur, die überall gelten müssen.

124 Für solche Standards setzen wir uns auch im Bundesland auf sozialräumlicher Ebene
125 ein. Das gilt etwa für die Verteilung von Sozialwohnungen und kommunalem Wohnraum
126 auf die Stadtteile, für ÖPNV-Garantien, für den Aufbau von Gesundheitszentren und
127 für die Schulstandortplanung.

128 **5. Zuwanderung muss gut ausgestaltet sein**

129 Menschen aufzunehmen, die verfolgt oder in Not sind, ist eine moralische und
130 rechtliche Pflicht. Ebenso richtig ist: Ohne Zuwanderung gibt es kein Wachstum und
131 keine Wohlstandssicherung. Ohne die Auslandszuwanderung der letzten 10 Jahre hätte
132 Deutschland heute statt 84 Mio. nur 78 Mio. Einwohner*innen – 2 Mio. weniger als
133 bei der Wiedervereinigung 1990; mit allen Folgen für Fachkräftesicherung,
134 Rentenkassen und Infrastruktur. Entwickelte Industriestaaten ohne Zuwanderung
135 schrumpfen: Bei Geburtenraten von 1,5 muss jede*r vierte zukünftige Bürger*in im
136 Ausland geboren werden.

137 Zuwanderung ist eine Zukunftsinvestition. Sie gut auszugestalten, kostet Geld, das
138 sich später auszahlt. Wir fordern die vollständige Übernahme der Unterbringungs-
139 und Betreuungskosten durch den Bund in den ersten 2 Jahren und den Ausbau aller
140 Programme, die neu Zugewanderten helfen, im Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft
141 anzukommen.

142 Im Bundesland setzen wir uns weiterhin für den Abbau von Massenunterkünften ein,
143 für mehr kommunalen Wohnungsbau für alle, für die schnellere Anerkennung von
144 Abschlüssen, für Programme die sofortige Erwerbsarbeit mit paralleler Qualifikation
145 verbinden, und eine offene, diskriminierungsfreie Stadtgesellschaften.

146 **6. Bildung muss Schritt halten**

147 Der Maßstab eines Bildungssystems sind die Kinder und Jugendlichen, die da sind –
148 sich andere zu wünschen, ist die falsche Haltung. Die aktuell größte
149 Herausforderung ist die, das Bildungssystem für alle zugänglich zu machen,
150 zugewanderungsfest und sozial gerecht auszugestalten. Bildungserfolg muss auch ohne
151 häusliche Bildungsressourcen umsetzbar sein. Dazu gehört auch, allen Kindern einen
152 sicheren Kita-Platz anzubieten. Solange die Norm Schüler*innen sind, die vom Tag
153 eins an perfekt deutsch sprechen und deren Familien sich im Bildungssystem gut
154 auskennen, und solange der Einstieg ins (frühkindliche) Bildungssystem zu völlig
155 unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgt, wird sich der Trend einer immer stärkeren
156 Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft nicht umkehren lassen,
157 sondern die soziale Spaltung vorangetrieben werden.

158 Die Beteiligung des Bundes an den Bildungskosten für Kitas und Schulen muss
159 gesteigert werden, und sie muss die unterschiedlichen regionalen Herausforderungen
160 durch die verschiedenen Risikofaktoren widerspiegeln. Im Bundesland setzen wir uns

161 für die stärkere Berücksichtigung der Sozialindikatoren bei der
162 Ressourcenverteilung ein. Bei den im Koalitionsvertrag angelegten Formaten zum
163 Thema Weiterentwicklung legen wir besonderes Gewicht auf die Aspekte
164 „zuwanderungsfestes Bildungssystem“ und „voraussetzungsfreies Bildungssystem“.

165 **7. Arbeiten muss sich ändern**

166 Was für die Schulen gilt, gilt auch für die Betriebe: Sie müssen sich an den
167 Arbeitnehmer*innen von heute orientieren. Wer veränderte Ansprüche und Haltungen
168 nicht aufgreift, wird perspektivisch keine Arbeitskräfte mehr finden. Dabei treten
169 immer stärker Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, nach Verlässlichkeit und
170 Vereinbarkeit, nach einer anerkennenden und diskriminierungsfreien Betriebskultur
171 und nach mehr Mitgestaltung in den Mittelpunkt.

172 Wir unterstützen ausdrücklich Arbeitskämpfe, die solche Forderungen zum Ziel haben.
173 Sie sind modern und gesellschaftlich relevant, weil sie dem veränderten Verhältnis
174 von Produktivität, Gesellschaft und Arbeitskultur Rechnung tragen. Das A und O
175 dieser Veränderungen ist die Tarifbindung. Wir werden uns in dieser
176 Legislaturperiode weiter in Bund und Land dafür einsetzen, öffentliches Geld und
177 öffentliche Aufträge konsequent an Tarifbindung zu koppeln und die Möglichkeiten
178 der Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dass
179 Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitnehmerkammer eine starke Rolle in der
180 Gestaltung von Transformationsprozessen und in der Debatte um die Zukunft der
181 Arbeit erhalten und einnehmen.

Begründung

.

Antrag L 02: Den Weg freimachen: Schuldenbremse überwinden, kommunale Kredite durch Volksentscheid möglich machen!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Schuldenbremse ist zu einer ernststen Zukunftsgefährdung geworden. Kein Betrieb,
- 2 keine Familie kann wirtschaften, ohne Investitionen zu tätigen, die erst in der
- 3 Zukunft bezahlt werden – eine Volkswirtschaft kann es auch nicht. Mit dem Urteil
- 4 des Bundesverfassungsgerichts, das auch Kreditermächtigungen in Notsituationen auf
- 5 das laufende Jahr begrenzt, ist die Schuldenbremse in ihrer bestehenden Form
- 6 endgültig unhaltbar geworden.
- 7 Das Institut der deutschen Wirtschaft geht von einem öffentlichen Investitionsstau
- 8 in Höhe von 450 Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre aus. Das war vor Corona,
- 9 vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, vor der Energiepreiskrise, und
- 10 vor genaueren Berechnungen, was das Erreichen der kritischen Klimaziele bis 2035
- 11 kosten wird. Die Unsicherheit, ob staatliche Investitionen in die Transformation
- 12 über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden können, blockiert private
- 13 Investitionen, behindert den Pfadwechsel auf klimaneutrale Produktion und
- 14 Lebensweise, und stellt die Zukunft des Wirtschaftsstandorts in Frage. Länder wie
- 15 die USA und China, aber auch viele Schwellenländer, erzielen erhebliche
- 16 Wachstumsraten durch Investitionen in Zukunftstechnologien und Infrastruktur,
- 17 während Deutschland zurückfällt.
- 18 Die Ampel-Koalition geht zunehmend dazu über, die wirtschaftliche und ökologische
- 19 Transformation durch höhere Belastungen für die breite Bevölkerung, für die
- 20 Betriebe und die Kommunen zu finanzieren. Dies ist sozial unzumutbar, gefährdet den
- 21 sozialen Frieden und erschüttert das Vertrauen in die demokratischen Strukturen.
- 22 Die Schuldenbremse ist ein Instrument der sozialen Spaltung. Sie wirkt im Interesse
- 23 der Vermögenden. Sie schützt hohe Einkommen, Vermögen und Gewinne vor der
- 24 zukünftigen Inanspruchnahme für die Abfinanzierung von öffentlichen Investitionen.
- 25 Sie schützt private Vermögen vor Entwertung durch Wachstum und Inflation, weil sie
- 26 deflationär wirkt, und verschafft denen billige Kredite, die schon Geld haben. Sie
- 27 verstärkt die Klassenabschließung, weil durch schlechte öffentliche Infrastrukturen
- 28 Aufstieg und Erfolg denen vorbehalten bleibt, die über private Ressourcen verfügen.
- 29 Der falsche Sonderweg der Schuldenbremse muss beendet werden. Wir unterstützen als
- 30 ersten Schritt eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz, die das ermöglicht,
- 31 was inzwischen weitgehender Konsens der wirtschaftspolitischen Diskussion ist:

- 32 • Kreditaufnahme bis zur Höhe der Neuinvestitionen
- 33 • Kreditfinanzierung für Programme zur Auflösung von Sanierungsstaus
- 34 • Einbeziehung von Bildungsinvestitionen in den Investitionsbegriff
- 35 Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen zusammen mit anderen Bundesländern eine
- 36 entsprechende Initiative im Bundesrat ergreift.
- 37 Wir fordern die Bundesregierung auf, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die auch
- 38 ohne Zustimmung der CDU einfachgesetzlich möglich sind:
- 39 • (rechtlich selbständige) Öffentliche Investitionsgesellschaften einrichten
- 40 • Die Konjunkturkomponente im Ausführungsgesetz zu Art. 115 GG offensiv
- 41 reformieren (siehe Vorschläge des Dezernats für Zukunft)
- 42 • Praxistaugliche Regeln zur mehrjährigen Haushaltsführung in Notsituationen
- 43 einführen (im Haushaltsgrundsätzegesetz und durch ein Ausführungsgesetz zu
- 44 Artikel 109 (4) GG)
- 45 • Die vom Verfassungsgericht ausdrücklich bestätigte Möglichkeit ergreifen,
- 46 jährliche Ausnahmebeschlüsse zu fassen, solange es zur Bekämpfung der
- 47 Notsituation erforderlich ist.
- 48 Im Bundesland Bremen besteht eine besonders schwerwiegende Einschränkung
- 49 staatlicher Handlungsfähigkeit durch die Schuldenbremse: Das Verbot der
- 50 Kreditaufnahme für die Stadtgemeinden. Kein anderes Bundesland hat eine solche
- 51 Regelung. Sie ist besonders hinderlich, denn gerade die Kommunen sind zur Erfüllung
- 52 ihrer Aufgaben auf kreditfinanzierte Investitionen angewiesen, die nur mehrjährig
- 53 abgetragen werden können:
- 54 • Schul- und Kita-Bau
- 55 • Ankauf von Immobilien, die für die Stadtentwicklung oder die Wohnungspolitik
- 56 von Bedeutung sind, wenn sich die Gelegenheit oder Notwendigkeit bietet
- 57 • Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr
- 58 • Defizitausgleiche oder Sanierungsinvestitionen für öffentliche Unternehmen,
- 59 die typischerweise ungeplant und stark schwankend auftreten
- 60 • Wohnungsbau
- 61 • Nachholende oder zukunftsorientierte Bildungsinvestitionen
- 62 Das kommunale Verschuldungsverbot stellt daher einen erheblichen
- 63 Wettbewerbsnachteil und ein Zukunftshemmnis dar, das dringend beseitigt werden
- 64 muss. Weder das Grundgesetz noch die Sanierungsvereinbarung mit dem Bund stehen
- 65 einer solchen Reform entgegen.
- 66 Erforderlich ist dafür eine Änderung der Landesverfassung. Dies kann durch
- 67 Parlamentsbeschluss mit Zweidrittelmehrheit geschehen, was eine Zustimmung der CDU
- 68 voraussetzen würde. Es ist jedoch ebenfalls möglich durch eine Verfassungsänderung,
- 69 die von der Bürgerschaft mit absoluter Mehrheit beschlossen und zur Volksabstimmung
- 70 vorgelegt wird. Das nötige Quorum (einfache Mehrheit, aber Zustimmung von
- 71 mindestens 40 Prozent der Wahlberechtigten) ist erreichbar, wenn die

- 72 Volksabstimmung parallel zur Bundestagswahl durchgeführt wird.
- 73 Wir fordern den Senat und die Bremer Koalition dazu auf, ein entsprechendes Gesetz
- 74 vorzubereiten, einzubringen und den Volksentscheid zusammen mit der Bundestagswahl
- 75 2025 durchzuführen.

Begründung

-

Antrag L 03: Für ein gerechtes Europa!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 finden vor dem Hintergrund
- 2 großer Umbrüche statt. Die Ergebnisse werden mit darüber entscheiden, ob die
- 3 politische, wirtschaftliche und soziale Integration in Europa fortgesetzt wird und
- 4 die EU weiterhin eine gewichtige Rolle nach außen und innen wahrnehmen kann, oder
- 5 ob es, nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien gelingt, die
- 6 Mehrheitsverhältnisse zu kippen und die gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit
- 7 zu schwächen.
- 8 Die europäische Dimension ist für viele Politikfelder immer wichtiger geworden.
- 9 Entscheidungen auf EU-Ebene setzen wesentliche rechtliche und politische
- 10 Rahmenbedingungen, die unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen und
- 11 ihre Zukunftschancen haben. Globale Herausforderungen wie die Klimakrise, die
- 12 Friedensfrage, die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, können nicht mehr auf
- 13 nationalstaatlicher Ebene allein beantwortet werden.
- 14 Obwohl die EU mit einem stark neoliberalen und wirtschaftskonservativen Ansatz
- 15 gegründet wurde, waren die letzten Jahre davon geprägt, dass in vielen
- 16 Politikbereichen auch fortschrittliche Entscheidungen gelungen sind – nicht selten
- 17 im Kontrast zur Rechtsverschiebung in den Nationalstaaten. Die EU hat ihre starren
- 18 Wettbewerbsregeln in der Pandemie und in der Ukrainekriegs-/Energiekrise ausgesetzt
- 19 und in wichtigen Bereichen dauerhaft geöffnet, etwa bei den für Bremen und
- 20 Bremerhaven besonders wichtigen Investitionen in die Klima- und
- 21 Wasserstofftransformation. Auch das europäische Schuldenregime beginnt sich zu
- 22 verändern; die Reform des Wachstums- und Stabilitätspakts ist ein erster Schritt.
- 23 In der Agrarpolitik, der Digitalpolitik oder der Klimapolitik sind die Ziele und
- 24 Vorgaben auf EU-Ebene oft wesentlich ambitionierter als die nationalen Politiken
- 25 der Mitgliedsstaaten.
- 26 Von zentraler Bedeutung wird aber werden, ob der wachsenden sozialen Ungleichheit
- 27 und ökonomischen Unsicherheit endlich konsequenter entgegengetreten wird. Zwar
- 28 gelang z.B. mit der europäischen Mindestlohnrichtlinie ein Fortschritt, der
- 29 wesentlich auf das Agieren der Europäischen Linken zurückgeht. Der Schritt zu einer
- 30 solidarischen europäischen Integration, die gemeinsame Standards von
- 31 Sozialleistungen bis Unternehmensbesteuerung vorantreibt, ist jedoch nach wie vor
- 32 nicht durchgesetzt. Exzessiver Reichtum Weniger und zunehmende Armut ganzer
- 33 Generationen entwickeln sich auch innerhalb eines europäischen Kontexts, daher muss
- 34 gerade auch auf europäischer Ebene Politik gemacht werden für die Bekämpfung von

35 Sozial- und Arbeitsplatzabbau und die Begrenzung von maßlosen privaten Profiten und
36 Vermögensreichtum. Transformationspolitik muss nach sozialen Maßgaben gestaltet
37 werden, damit sie für die Vielen statt nur für Wenige gut funktioniert. Politische
38 Reformen wie die Stärkung des Parlaments und der Übergang zum Mehrheitsprinzip sind
39 dafür notwendig, um die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern.

40 **Die Europawahl: Europäische Wahl und nationale Zwischenwahl**

41 Die Europawahl wird einen ausgeprägten Doppelcharakter haben. Zum einen werden
42 tatsächlich die Zukunft der europäischen Politik und die Auseinandersetzung um ihre
43 Gestaltung das eigentliche Thema der Wahl sein. Dass Europa immer wichtiger wird,
44 ist vielen klar. Zum anderen wird die EU-Wahl auf der Bundesebene den Charakter
45 einer Zwischenwahl haben, mit der Signale, Stimmung, Protest oder Ansprüche im
46 Hinblick auf die nationalen Politiken formuliert werden. Wir müssen uns auf beides
47 einstellen und zu beidem argumentieren.

48 Für die Linke ist es die erste Wahl nach dem Ende der innerparteilichen
49 Auseinandersetzung um Sahra Wagenknecht, und die erste Wahl, zu der auch die BSW
50 antritt. Die Umfrageergebnisse der letzten Zeit zeigen uns stabil, aber auf
51 niedrigem Niveau. Unser Ziel wird sein, das Ergebnis der letzten Europawahl
52 mindestens zu halten und im Bundesland Bremen wieder ein Ergebnis deutlich oberhalb
53 des Bundesergebnisses zu erzielen. Zudem besteht die Hoffnung, dass die
54 Demonstrationen gegen Rechts den Aufstieg der AfD ein Stück weit bremsen.

55 Der Europawahlkampf für uns eine wichtige Stufe innerhalb des Comebacks auf dem Weg
56 zur Bundestagswahl 2025. Wir werden deutlich machen

- 57 • dass die linke Fraktion im Europaparlament reale Veränderungen erreichen kann
58 (Beispiel Mindestlohnrichtlinie),
- 59 • wie wir uns die Weiterentwicklung der EU und europäischer Politik auf
60 zentralen Feldern (Umverteilung, Klimapolitik, öffentlicher Sektor) vorstellen
61 und welche weitergehenden Perspektiven wir damit verbinden,
- 62 • in welcher Weise europäische Entscheidungen von direkter Bedeutung für Bremen
63 und Bremerhaven sind (Beispiele: Stahl und Wasserstoffstrategie,
64 Finanzpolitik, Migration, Häfen).

65 **Den Wahlkampf nutzen, um Positionen und Präsenz zu zeigen**

66 Wir haben als Landesverband in den letzten Jahren eine gute Kampagnenfähigkeit in
67 Wahlkämpfen entwickelt. Wir wollen daran anschließen, mehr Wähler*innen und
68 Mitstreiter*innen zu gewinnen und den Wahlkampf nicht zuletzt nutzen, um neue
69 Genoss*innen einzubinden.

70 Angesichts begrenzter Ressourcen müssen wir klug überlegen, welche Akzente wir
71 setzen. Was wir machen, soll möglichst auffallen. Dabei müssen wir den Spagat
72 hinbekommen: Gerade bei der Europawahl wird sich die Wahlbeteiligung und das Gros
73 unserer Stimmen auf die innerstädtischen Bereiche konzentrieren – aber am meisten
74 müssen wir für die Stimmen in den weniger zentralen Bereichen tun. Für Bremerhaven
75 und Bremen-Nord wollen wir Unterstützung aus den anderen Kreisverbänden
76 mobilisieren.

- 77 Neben Plakatierung, Infoständen und dem Abdecken der Podiums-Anfragen werden wir
78 Diskussions-Angebote machen und auf quartiersnahe Aktivitäten wie Stadtteilstunde,
79 Stadtteil-Grillen etc. setzen: Es ist (fast) Sommer und es gibt vieles, worüber es
80 sich lohnt vor Ort ins Gespräch zu kommen, von europäischer Politik bis zu
81 Nachbarschaftsthemen und Stadtteilpolitik.

Begründung

-

Antrag L 04: Klimaschutz, guter ÖPNV und Arbeitskämpfe gehören zusammen! Solidarität und Unterstützung für die Kampagne #WirFahrenZusammen von Fridays for Future und ver.di!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Anlässlich der anstehenden Tarifverhandlungen des Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) im
2 Frühjahr diesen Jahres haben sich Fridays for Future und ver.di im Kampagnenbündnis
3 #WirFahrenZusammen zusammengeschlossen. Die Kampagne macht deutlich: Alle sind auf
4 einen guten ÖPNV angewiesen und einen guten ÖPNV gibt es nur mit guten
5 Arbeitsbedingungen. Und auch aus klimapolitischer Sicht ist ein guter ÖPNV
6 unerlässlich, denn ohne einen guten ÖPNV gibt es keine Verkehrswende und keine
7 Chance die Klima-Emissionen im Verkehrsbereich spürbar zu senken.

8 Wir begrüßen die Kampagne und unterstützen nachdrücklich das Bündnis aus
9 Beschäftigten im ÖPNV, Nutzer*innen des ÖPNV und der Klimabewegung.
10 #WirFahrenZusammen zeigt, wie Klimaschutz, die Interessen der lohnabhängig
11 Beschäftigten und der ÖPNV-Nutzer*innen zusammen gedacht werden können.
12 Arbeitskämpfe und die Bekämpfung der Klimakrise sind eng verbunden, denn
13 Klimaschutz auf Kosten der Beschäftigten oder Stillstand im Ausbau des ÖPNV
14 verhindern eine Entwicklung mit Zukunft.

15 **In den ÖPNV muss im großen Stil investiert werden!**

16 Wir unterstützen die Forderung von WFZ zur Verdopplung des ÖPNVs in Deutschland. In
17 den ÖPNV muss endlich mit Nachdruck investiert werden, anstatt immer in neue
18 Autobahnen oder dem unnötigen Ausbau bestehender Autobahnen wie der A27 in Bremen
19 muss jetzt in Personal und Fahrzeuge investiert werden. Die Verkehrspolitik des
20 FPD-geführten Verkehrsressorts der Bundesregierung befördert eine zukunftsferne
21 Verkehrspolitik zugunsten des Autos. Unwürdige Hängepartie zur Zukunft des 49€-
22 Tickets sind ein fatales Signal für die Verkehrswende. Die nicht getätigten
23 notwendigen Investitionen in den ÖPNV zeigen einmal wieder, dass die Schuldenbremse
24 eine Zukunftsbremse ist und dringend abgeschafft aber wenigstens reformiert werden
25 muss.

26 **Gute Arbeitsbedingungen gegen Fachkräftemangel!**

27 Ohne gute Arbeitsbedingungen führt alleine schon der Fachkräftemangel zu einem
28 Stillstand beim Ausbau des ÖPNV. Bus und Bahn fahren nahezu rund um die Uhr, die
29 Beschäftigten der Verkehrsbetriebe und in Bremen insbesondere der BSAG sind
30 unverzichtbar für diesen integralen Bestandteil täglicher Mobilität. Wir

31 unterstützen daher die Forderungen von ver.di für den TV-N in Bremen zur
32 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Zuschläge zu Sonderzeiten,
33 Erhöhung der Urlaubsansprüche und Verbesserung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung
34 und der Fortbildungsansprüche. Wir fordern die BSAG und den Senat dazu auf, den
35 Forderungen der Beschäftigten in den Tarifverhandlungen gerecht zu werden.

36 **Bus und Bahn in Bremen ticketfrei!**

37 Ein ticketfreier ÖPNV, in den jede*r einfach einsteigen und mitfahren kann ist ein
38 wichtiger Beitrag für niedrigschwellige Mobilität und soziale Gerechtigkeit. Gerade
39 Menschen, die in zentrumsfernen Stadtteilen wohnen und kein Auto haben, sind auf
40 den ÖPNV angewiesen. Das 9€-Ticket hat gezeigt, welchen Unterschied ein
41 kostengünstiges Angebot macht. Deshalb fordern wir, Bus und Bahn in Bremen
42 ticketfrei zu machen. Wir haben schon 2022 ein Finanzierungskonzept vorlegt, dass
43 eine Finanzierung des Ausfalls der Ticketeinnahmen über die Erhöhung der Grund- und
44 Gewerbesteuer vorsieht und so eine soziale Staffelung gewährleistet. Für die
45 Investitionen, welche durch voraussichtlich steigende Fahrgastzahlen notwendig
46 sind, müssen Ausnahmen von der Schuldenbremse gefunden werden, entweder durch
47 Reform oder eine Ausnahmeerklärung.

48 Ein gut ausgebauter, ticketfreier und sozial gerecht finanzierter ÖPNV mit guten
49 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ist das beste Beispiel für die soziale
50 Gestaltung von Klimapolitik. Die Bekämpfung der Klimakrise ist eine soziale Frage,
51 die Antworten, die wir auf die Klimakrise finden müssen dieser Einsicht ebenfalls
52 entsprechen!

53 Wir werden die Aktionen von WFZ solidarisch begleiten und auf allen Ebenen die
54 Forderungen unterstützen.

Begründung

.

Antrag A 01: Ablehnung der Verschärfung von Sanktionen gegen Bürgergeldbeziehende, Resolution als Zeichen der Solidarität vom LPT veröffentlichen

Antragsteller/in:	Ortsverband Bremen-Nord
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Als Stellungnahme gegen die Möglichkeit einer kompletten Einstellung des
- 2 Leistungssatzes im Bürgergeld wird vom Landesparteitag eine entsprechende
- 3 Resolution veröffentlicht.

Begründung

Noch am 22.11. 2023 erteilte Arbeitsminister Heil Kürzungsplänen beim Bürgergeld eine klare Absage. Kürzlich erfolgte nun die Kehrtwende. Sogenannten „Jobverweigernden“ soll der Regelsatz im Bürgergeld komplett gestrichen werden können.

Das hat für derart Sanktionierte massive Folgen: Bereits nach einer zweiwöchigen Hungerphase ist das Immunsystem so stark geschwächt, dass sonst harmlose Infektionen lebensgefährlich werden können. Genau das möchte Herr Heil, angestiftet von anderen, rechten Parteien, mithilfe schwarzer Pädagogik Betroffenen zumuten.

Wer jedoch eine psychische oder physische Erkrankung hat (z.B. Depressionen, Psychosen, schmerzhafte Gelenkerkrankungen) ist nicht dazu in der Lage, viele Arbeitsangebote anzunehmen. Das wird von den Jobcentern jedoch häufig ignoriert. Dasselbe gilt für Menschen mit Sprachdefiziten, Menschen, die Angehörige pflegen oder Alleinerziehende, die keinen KITA-Platz finden. Des weiteren besteht die Gefahr erhöhter Kriminalität (z. B. durch Raub und Diebstahl). Da durch längeres Hungern die Gesundheit massiv geschädigt wird, kommt es zu finanziellen Belastungen im Gesundheitssystem, die letztendlich in Form von Beitragserhöhungen die Steuerzahlenden treffen – und damit auch die arbeitende Bevölkerung. Man weiß inzwischen auch, dass totalsanktionierte Menschen oft den Kontakt zu den Behörden ganz abbrechen und somit dem Arbeitsmarkt komplett verloren gehen.

Diese Stigmatisierung und Verunglimpfung von Erwerbslosen, wie sie von rechter Seite wieder einmal befeuert wird, macht Betroffene zu Sündenböcken für das Versagen der Ampelregierung. Sie ist es, die keinen „Plan B“ für das

Urteil vom Verfassungsgericht hatte, das jetzt unter anderem Bürgergeldbeziehende ausbaden sollen.

Auch im Hinblick auf zukünftige Wahlkämpfe ist es an uns, hier klar gegen hungern zu lassen, ist außerdem eines Rechts- und Sozialstaates nicht würdig, weil hier massiv gegen Menschenrechte und gegen das Grundgesetz Artikel 1, Absatz 1 und Artikel 2, Absatz 2 (Würde des Menschen, Recht auf körperliche Unversehrtheit) verstoßen wird.

Antrag A 02: Unterbringungssystem für Geflüchtete entlasten – Wohnverpflichtung aufheben

Antragsteller/in:	LAG Migration und Antirassismus
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Landesvorstand und Fraktion werden angesichts bestehender Notunterkünfte gebeten,
- 2 sich auf Grundlage des Koalitionsvertrags für die Aussetzung der Verpflichtung zur
- 3 Wohnsitznahme in einer Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete auf Landesebene
- 4 einzusetzen.

Begründung

In Bremen gibt es nicht ausreichend angemessene Unterkunftsplätze um die menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter zu gewährleisten. Dies zeigt der zunehmende Rückgriff auf den Einsatz von Notunterkünften, wie etwa der Notunterkunft für über 300 Menschen auf dem Gelände des Klinikums Bremen Mitte. Wie buten und binnen am 17.01.2024 berichtete, lebten zum Jahresende insgesamt 1.875 Menschen in einer Notunterkunft. Notunterkünfte sind überwiegend nicht geeignet, grundlegende menschliche Bedürfnisse nach Ruhe, Sicherheit und Selbstbestimmung zu gewährleisten und unterschreiten in der Regel menschenrechtliche Mindeststandards.

Ihr Einsatz im Notfall mag zwar der Vorbeugung von Obdachlosigkeit dienen, dennoch sollte alles getan werden um eine bessere Versorgung zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Nutzung aller asylrechtlichen Handlungsspielräume.

Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf festgelegt, dies zu tun. So heißt es in den Zeilen 6554-6556: „[Die Koalition wird] „die im Asylgesetz vorgesehenen Möglichkeiten nutzen und die Wohnverpflichtung weiterhin auf ein Minimum reduzieren, um die faktische Aufenthaltsdauer so kurz wie möglich zu halten und sobald Notunterkünfte nötig werden die Wohnverpflichtung aufheben.“ Die Grundlage dafür bildet der § 49 AsylG, Absatz 2. "(2) Die Verpflichtung [zur Wohnsitznahme] kann aus Gründen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge sowie aus sonstigen Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, insbesondere zur Gewährleistung der Unterbringung und Verteilung, oder aus anderen zwingenden Gründen beendet werden."

Im Land Berlin wurde dies bereits im vergangenen Jahr durchgeführt. Die Aufhebung der Verpflichtung zur Wohnsitznahme in einer Aufnahmeeinrichtung außer Kraft zu setzen ermöglicht es Geflüchteten, eigenständig eigenen Wohnraum zu suchen, durch die generelle Auszugserlaubnis den bürokratischen Aufwand verringern und so letztendlich den Bedarf an Unterkunftsplätzen verringern.

Angesichts der aktuellen Lage sowie im Hinblick auf die im Koalitionsvertrag getroffenen

Vereinbarungen sollte dies jetzt auch im Land Bremen umgesetzt werden.

Antrag A 03: Bahnwerkstatt: Die versprochene transparente ergebnisoffene Alternativenprüfung umsetzen

Antragsteller/in:	Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der LINKE Bremen fordert den Landesvorstand, die
- 2 Bürgerschaftsfraktion sowie die Senatorinnen Kristina Vogt (Wirtschaft, Häfen und
- 3 Transformation) und Claudia Bernhard (Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)
- 4 auf:
- 5 1. Die Beschlüsse des 27. Landesparteitages („Bahnwerkstatt: Eine bessere Fläche
- 6 als die in Oslebshausen muss das Ziel sein!“) und des 30. Landesparteitages
- 7 („Sozial-Ökologische Stadtentwicklung“) umzusetzen.
- 8 2. Eine transparente ergebnisoffene Alternativenprüfung durchzuführen und die
- 9 Akteure Land Bremen, Städte Bremen und Bremerhaven, Handelskammer, Beirat
- 10 Gröpelingen, Bürgerinitiative Oslebshausen, LNVG, Alstom, DB AG,
- 11 Bundeseisenbahnamt, Grundstückseigentümer DB InfraGO AG und Investor zu
- 12 gemeinsamen Gesprächen zu bewegen.
- 13 3. Die Grundlagen für eine etwaige politisch getroffene Entscheidung, die
- 14 Bahnwerkstatt mit Abstellanlage in Oslebshausen anzusiedeln, transparent
- 15 offenzulegen (u.a. Einschätzung Werkstattfahrten Bremen Hbf - Bremen
- 16 Inlandshafen / Reitbrake der DB Netz AG vom 27.04.2020, Gutachten zum
- 17 Bahnknoten Bremen unter Berücksichtigung der Europäischen Schienen-
- 18 Güterverkehrskorridore Orient-East-Med und North Sea-Baltic, Garantien zur
- 19 Schaffung von Arbeitsplätzen).

Begründung

1. Mit der neuen Legislatur trägt die LINKE-Senatorin Kristina Vogt als Häfensenatorin die Verantwortung für das Sondervermögen Häfen und damit auch für die Grundstücke Reitbrake (sowjetische Kriegsgräberstätte) und Hafeneisenbahn An der Finkenau.
2. Das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2023 hat folgendes gefordert: „Gleichzeitig muss es endlich echte Kompensation durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen für stark belastete Stadtteile wie Oslebshausen geben. Für die geplante Bahnwerkstatt halten wir Flächen, die näher am Hauptbahnhof liegen, für die bessere Lösung und bestehen auf einer ergebnisoffenen Alternativenprüfung.“ Siehe auch den Landesparteitagsbeschluss „Sozial-Ökologische Stadtentwicklung“ beschlossen auf dem 30. Landesparteitag am 26./27. November 2022.
3. In der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode

der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023 heißt es, dass die Koalition „vor der Entscheidung über den Ort für die geplante Bahnwerkstatt eine verlässliche Auskunft der DB einholen, ob sie aus ihrem Flächenbesitz eine alternative Fläche zur Verfügung stellen würde.“

Für den in Rede stehenden Alternativstandort werden das Grundstück eines privaten Investors sowie das Grundstück der gemeinwohlorientierten DB InfraGO AG benötigt. Die DB InfraGO AG ist die seit dem 27.12.2023 umfirmierte DB Netz AG. Das „GO“ im Unternehmensnamen steht für gemeinwohlorientiert.

Die DB InfraGO AG hat den Zweck, die Eisenbahninfrastruktur als Wirtschaftsunternehmen zu betreiben und dabei besonders gemeinwohlorientierte Ziele zu berücksichtigen. Eine zentrale Aufgabe besteht darin, eine faire Behandlung bei Zugang und Entgelten für Dritte, wie beispielsweise Alstom, sicherzustellen. Demnach muss die DB InfraGO AG das Grundstück vor dem Hintergrund der städtebaulichen und verkehrsinfrastrukturellen Problemlage in Bremen und im hiesigen Bahnknoten zur Verfügung stellen.

4. In der Bilanz der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft für den Zeitraum 2019–2021 wurde zum Thema festgehalten: „Bahnwerkstatt in Oslebshausen: Wir setzen uns dafür ein, dass alternative Standorte geprüft werden.“ Anhand der Protokolle der Bremischen Bürgerschaft sind keine Fragen, Anfragen oder Debattenbeiträge seitens der LINKEN Bürgerschaftsfraktion bekannt, die dies belegen.

5. Auf dem 27. Landesparteitag der LINKEN Bremen am 27.03.2021 wurde der Antrag „Bahnwerkstatt: Eine bessere Fläche als die in Oslebshausen muss das Ziel sein!“ beschlossen. Hierin heißt es: „(...) Die Ansiedlung der geplanten Bahnwerkstatt in Oslebshausen ist weder alternativlos noch die richtige Entscheidung. Wir fordern den Senat auf, die politischen Fehler, die mit dem bisherigen Verfahren gemacht wurden, zu korrigieren und sich aktiv um einen alternativen Standort zu bemühen. Dabei müssen sowohl die Interessen des Ortsteils Oslebshausen als auch die Interessen der Beschäftigten endlich berücksichtigt werden. (...)“

Trotz der Vielzahl aus Beschlüssen, Vereinbarungen und Absichtsbekundungen kam es bisher nicht zu transparenten Gesprächen mit den Akteuren oder öffentlichen Debatten in der Bremischen Bürgerschaft. Es bedarf weiterhin einer politischen Klärung, welcher Standort der beste für die Stadtentwicklung, die Menschen in Bremen und die deutsche Wirtschaft ist.

Antrag A 04: Lärmsanierung in Oslebshausen- Stahlwerk und Bahnwerkstatt sind zu viel -Für eine sozial- und umweltgerechte Stadt auch in Oslebshausen-

Antragsteller/in:	Dietrich Winge (KV Nord-West · Nr. 258)
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag die LINKE Bremen fordert den Landesvorstand, die
- 2 Bürgerschaftsfraktion sowie die Senatorinnen Kristina Vogt (Wirtschaft, Häfen und
- 3 Transformation) und Claudia Bernhard (Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)
- 4 auf:
- 5 1. Die Langzeitlärmmessungen Industriehafen/Oslebshausen zur Kenntnis zu nehmen,
- 6 das gesundheitsschädliche Ausmaß des dauerhaft einwirkenden Lärms sowie deren
- 7 Rechtswidrigkeit gemäß § 48 BImSchG anzuerkennen und Abhilfe in Form von
- 8 Lärmvermeidung und/oder Lärmsanierung binnen zwei Jahren herbeizuführen.
- 9 2. Die Entscheidung in Senat und Bürgerschaft herbeizuführen, welche Lärmquellen
- 10 im Ortsteil Oslebshausen/Industriehäfen erhalten und welche reduziert sowie
- 11 welche zusätzliche Lärmquellen angesiedelt und auf welche verzichtet werden
- 12 soll, um innerhalb des rechtlich gegebenen Lärmbudgets nach TA Lärm (TA Lärm
- 13 Immissionsrichtwerte) zu bleiben.
- 14 3. Angesichts der Lärmgutachten sowohl für die Stahlwerke als auch für das EBN-
- 15 Service-Center (Bahnwerkstatt mit Abstellanlage) die Entscheidung in Senat und
- 16 Bürgerschaft herbeizuführen, ob es angesichts der ausgereizten Lärmbudgets zur
- 17 Einrichtung eines integrierten Elektrostahlwerks ("grüner Umbau Stahlwerke")
- 18 mit Schrotturnschlag ODER zur Ansiedlung einer Bahnwerkstatt mit Abstellanlage
- 19 in Oslebshausen kommen kann. Beide Maßnahmen sind vor dem Hintergrund des § 48
- 20 BImSchG in Verbindung mit der TA Lärm offenbar rechtlich nicht zulässig.
- 21 4. Die Häfensensorin aufzufordern, zu prüfen, ob das gegenüber Alstom abgegebene
- 22 Angebot für die Einrichtung und Nutzung einer Bahnwerkstatt und Abstellanlage
- 23 zurückgezogen werden kann, insbesondere aufgrund der städtebaulichen
- 24 Herausforderungen, der Lärmproblematik und der verkehrsinfrastrukturellen
- 25 Konflikte.
- 26 5. Die Einrichtung einer „grünen Pufferzone“ auf Flächen der Hafeneisenbahn zu
- 27 veranlassen, um den Konflikt zwischen Wohnbevölkerung und Gewerbe/Industrie
- 28 befrieden.

Begründung

Aktuell läuft das Zulassungsverfahren zur Errichtung und Betrieb eines integrierten Elektrostahlwerks am Standort Bremen bei der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen (<https://www.uvp-verbund.de/trefferanzeige?docuuid=e3236d69-c2df-424c-b82e-07db49c93e46>). Die Gewerbeaufsicht ist eine nachgeordnete Behörde der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Weiterhin wurde der Prozess zur Planfeststellung der Bahnwerkstatt mit Abstellanlage vom Vorhabenträger Alstom durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung gestartet.

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen hat sich zwischenzeitlich angesichts der geltenden Gesetze und der vorliegenden Lärmgutachten, die deren Missachtung belegen, gegen die Planungen der Bahnwerkstatt in der vorliegenden Form ausgesprochen. Auch hat der Beirat Gröpelingen mit aktueller Stellungnahme konkrete Maßnahmen der Lärminderung beim Neubau des Stahlwerks angemahnt. Auch die Ansiedlung eines für die Produktion erforderlichen Schrottumschlags in den Oslebshäuser Industriebahnhöfen (Weserport 1 unmittelbar vor der Großwohnanlage Wohlers Eichen gelegen) wurde durch den Beirat abgelehnt.

Dabei wollen weder der Ortsbeirat Gröpelingen, noch die Bürgerinnen und Bürger Oslebshausens den dringend erforderlichen Umbau des Stahlwerkes verhindern. Auch wird der Bedarf für eine Bahnwerkstatt mit Abstellanlage im Raum Bremen gesehen. Allerdings kann der Senat nicht beide lärmintensive Vorhaben am Standort Oslebshausen/Industriebahnhöfen haben, sondern muss sich entscheiden, ob ihm der Erhalt des Stahlwerks oder die Ansiedlung der Bahnwerkstatt wichtiger sind. Beide Maßnahmen lassen die seit Jahrzehnten bestehende enorme und mit Gutachten dokumentierte Lärmbelastung am Standort nicht zu.

Die seit Jahren angeführte Lösung wäre,

1. die Bahnwerkstatt mit Abstellanlage auf den Bahnbrachen westlich der Oldenburger Kurve in unmittelbarer Bahnhofsnähe anzusiedeln,
2. die Planung der Stahlwerke zu optimieren, insbesondere den Schrottumschlag an einen anderen Standort zu verlegen und
3. die bereits im Planaufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 2434 in 2012 zugesagte „Grüne Pufferzone“ einzurichten und nach Möglichkeit zu erweitern und lärmverhindernd zu ertüchtigen.

Hintergrund des Konflikts ist die seit Jahrzehnten enorme Lärmbelastung der Bewohnerinnen und Bewohner des Ortsteils Oslebshausen. Aufgrund der großen Anzahl von Planungen zur Ansiedlung von Verkehrsinfrastruktur und den Umbauten von Industrie und Gewerbebetrieben in unmittelbarer Nähe zum Ortsteil Oslebshausen kommt es zu einer nochmals erhöhten Lärmbelastung. Zugleich besteht jedoch die Verpflichtung der jeweiligen Vorhabenträger, die Verträglichkeit der Emissionen für die Bevölkerung entsprechend der aktuellen Regulierungen und Gesetze nachzuweisen.

Wesentliche aktuelle Maßnahmen sind der Bau der A271, der Umbau des Stahlwerks, die Ansiedlung der Klärschlammverbrennungsanlage, der Bahnwerkstatt mit Abstellanlage sowie der Einrichtungen für Schiffsrecycling und Schrottverladung im Industriebahnhof (Weserport 1). Mit diesen Maßnahmen kommt es zu einem nahezu vollständigen Umbau der infrastrukturellen, gewerblichen und industriellen Ansiedlungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ortsteil Oslebshausen.

Zugleich hat der Bremer Senat die Möglichkeit zur Einrichtung einer sogenannten „grünen Pufferzone“ auf den Grundstücken der ehemaligen Hafeneisenbahn trotz gegebener Zusage wieder verworfen. Die grüne Pufferzone hätte die dringend gebotene städtebauliche Trennung von Flächen für Gewerbe- bzw. Industrie- und für Wohnnutzung dargestellt, um städtebauliche Missstände abzuwenden. Die „grüne Pufferzone“ kann zu einer dringenden Befriedigung des lang andauernden Konflikts beitragen.

Erst 2021 und 2023 hat die Bremer Umweltsenatorin zwei Lärmgutachten beauftragt, um die Diskussion zu versachlichen und auf Fakten abzustellen. Messstellen waren auf dem Dach des DIAKO-Krankenhauses (2021) sowie der Großwohnanlage Wohlers Eichen (2023) eingerichtet. Beide Gutachten belegen eindeutig, dass die Situation im Ortsteil Oslebshausen bereits heute gesundheitsgefährdend ist. Der in-situ gemessene Lärm liegt jenseits der Grenzwerte, die für ein allgemeines Wohngebiet nach deutschem Recht zulässig sind (<https://umwelt.bremen.de/umwelt/laerm/umgebungslaerm-im-land-bremen/laermmessung-industriehafen-806560> , <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-haefen/oslebshausen-messung-ergibt-zu-hohe-werte-am-industriehafen-doc7g1rjgf5w4319c24he1p>). Insofern kommt der Senat bereits heute seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht nach, verstößt zugleich gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes und missachtet deutsche Richtlinien.

Trotz der Erkenntnis aus diesen beiden Gutachten, scheinen die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung bereit zu sein, den Vorhabenträgern Arcelor Mittal für das Stahlwerk (<https://www.uvp-verbund.de/trefferanzeige?docuuid=e3236d69-c2df-424c-b82e-07db49c93e46>; https://www.uvp-verbund.de/documents-ige-ng/igc_hb/e3236d69-c2df-424c-b82e-07db49c93e46/Detaillierte%20Schallimmissionsprognose%20nach%20TA%20Lärm.pdf) und Alstom für die Bahnwerkstatt mit Abstellanlage in Hinblick auf die Lärmgrenzwerte rechtswidrig entgegenkommen zu wollen.

Ein vom Stadtteilbeirat Gröpelingen beauftragtes Gutachten (siehe Anlage) hatte diese Praxis anhand des Lärmgutachtens für die Bahnwerkstatt mit Abstellanlage dokumentiert.

Dabei ist vor dem Umbau des Stahlwerks eine Lärmsanierung des Ortsteils Oslebshausen dringend geboten und duldet keinen weiteren Aufschub. Dies wird auch der aktuell in Erarbeitung befindliche Lärmaktionsplan gemäß der „Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm 2002/49/EG“ aufzeigen (<https://umwelt.bremen.de/umwelt/laerm/umgebungslaerm-im-land-bremen-24080>). Für zusätzliche Lärmbelastungen, wie sie insbesondere mit der Ansiedlung der Bahnwerkstatt mit Abstellanlage oder einer Schiffsrecyclinganlage einherginge gibt es keine freien Lärmkontingente mehr.

Anlage: Peter Gebhardt, Ingenieurbüro für Umweltschutztechnik, "Gutachterliche Stellungnahme zu Lärmprognosen für die Errichtung und den Betrieb einer Bahnwerkstatt in Bremen-Oslebshausen", Salzböden 15.09.2023

Antrag A 05: Senkung des Wahlalters für Beiratswahlen

Antragsteller/in:	Markus Marina Grünewald (KV Nord-West · Nr. 202)
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der Linken Bremen fordert den Landesvorstand sowie die
- 2 Bürgerschaftsfraktion auf, sich aktiv für eine Senkung des Wahlalters für
- 3 Beiratswahlen in Bremen von 16 Jahren auf 14 Jahren einzusetzen und auf
- 4 Bürgerschafts- Landes- und erforderlichenfalls auf Bundesebene eine entsprechende
- 5 Änderung des Bremischen Wahlgesetzes einzufordern.

Begründung

Bei der vergangenen Bürgerschafts- und Beiratswahl 2023 ist die Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen mit 59,6 % gegenüber der vorherigen Wahl (66,4%) abermals deutlich zurück gegangen.(1)

Die Wahlbeteiligung an der Beiratswahl lag in Gröpelingen offiziell nur noch bei 36,7%. Das für sich ist schon traurig genug. Legt man statt der Wahlberechtigten für diese Wahl (21.305 Menschen) jedoch alle Einwohner*innen des Stadtteils Gröpelingen (36.608 Menschen) zugrunde, dann wird deutlich, dass mit 7.816 Wähler*innen nur noch knapp über ein Fünftel der Bewohner*innen (21,35 %) über die Geschicke auch der übrigen vier Fünftel der Bevölkerung im Stadtteil abgestimmt haben. (2)

Im Gröpelinger Straßenwahlkampf der LINKEN war in sehr vielen Gesprächen eine große Frustration über mangelnde Einflussmöglichkeiten und eine hohe Wahlmüdigkeit festzustellen. Neben „Die da oben machen sowieso, was sie wollen“ war entsprechend auch die am häufigsten von Bürger*innen gehörten Äußerung: „Ich bin ja sowieso nicht wahlberechtigt“.

Hier muss dringend gegengesteuert werden! Alleine die Alterskohorte der 14- unter 16jährigen umfasst in Bremen (Stadt) über zehntausend Jugendliche (10.295), die auf diesem Wege als potentielle zusätzliche Wähler*innen für eine aktive Teilhabe am demokratischen Beirätewahlverfahren gewonnen werden könnten. (3)

Wer zum Beispiel die Entwicklung der Bewegung „Fridays for Future“ in den vergangenen Jahren aufmerksam beobachtet hat, wird bemerkt haben, dass die heute 14-jährigen politisch weit besser informiert und orientiert sind als noch von vor z.B. zwanzig Jahren und selbst in Fernsehinterviews über ein differenziertes Politikverständnis verfügen.

Das Einstiegsalter von Jugendlichen an Beteiligungsgremien ist dementsprechend dort, wo eine Teilhabe möglich ist, in letzter Zeit gesunken, zum Beispiel liegt beim Jugendforum Gröpelingen (entspricht ungefähr Jugendbeirat) das Einstiegsalter in der Regel bei etwa 13 Jahren.

Das Argument des mangelnden Politikverständnisses von Jugendlichen unter 16 Jahren trifft somit nicht mehr die Realität, ein weiterer Ausschluss der Bevölkerungsgruppe der 14-16 jährigen

Jugendlichen von demokratischen Wahlen und Entscheidungsprozessen zumindest im lokalen Umfeld des eigenen Beiratsbereichs ist somit nicht länger gerechtfertigt.

Eine Senkung des Wahlalters in Bremen auf 14 Jahre in diesem Bereich könnte zudem ein sichtbares Zeichen setzen gegen die in Deutschland ohnehin vorherrschende demografische Überalterung der Entscheidungsträger in vielen Bereichen und die damit einhergehende altersbedingte Ungleichverteilung von Teilhabechancen am politischen Leben.

Antrag A 06: Nichtraucher:innenschutz verbessern - Rauchen an ÖPNV-Haltestellen verhindern!

Antragsteller/in:	Lennart Härtlein (KV Links der Weser · Nr. 404)
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag fordert die Bürgerschaftsfraktion der Partei auf, sich dafür
- 2 einzusetzen, das Rauchen von Tabakprodukten an Haltestellen des ÖPNV zu
- 3 unterbinden. Dazu ist das Bremische Nichtraucherschutzgesetz (BremNiSchG)
- 4 entsprechend anzupassen und durch entsprechende Kontrollen und Sanktionierungen
- 5 sicherzustellen, dass das Verbot eingehalten wird. Das Verbot sollte 50 Meter vor
- 6 und nach dem jeweiligen Haltestellenschild gelten.

Begründung

Wie schädlich der Konsum von Tabakrauch für die Gesundheit ist, wissen wir alle. In Deutschland sterben laut Weltgesundheitsorganisation jedes Jahr rund 120.000 Menschen an den Folgen des Rauchens, darunter 3.000 Passivraucher:innen. Jede und jeder von uns hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und muss vor einem unfreiwilligen Kontakt mit diesem Gift geschützt werden. Aus diesem Grund ist es überfällig, das Rauchen von Tabakprodukten an den Haltestellen des ÖPNV zu verbieten, und zwar nicht nur – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – in den Wartehäuschen, sondern im gesamten Haltestellenbereich. An Haltestellen halten sich alle möglichen Menschen zwangsläufig auf – auch Kinder, Schwangere oder Menschen mit Atemwegsproblemen wie Asthma - und haben keine Möglichkeit, dem giftigen Tabakqualm zu entgehen. Solidarität heißt auch, Rücksicht aufeinander zu nehmen, ein Rauchverbot an Haltestellen ist ein Gebot der Solidarität.

Antrag O 01: Aufklärung über die AfD vorantreiben, braune Hetze zurückweisen

Antragsteller/in:	Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 204), Thorsten Schildt (KV Nord-West · Nr. 256)
Status:	eingereicht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand entwickelt in Zusammenarbeit mit der Fraktion ein Konzept zur
- 2 Aufklärung über angekündigte Maßnahmen von Mitgliedern der AfD, welche darauf
- 3 abzielen, sich bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen zu entledigen. Der LaVo
- 4 benennt für diese Aufgabe ein oder mehrere zuständige Mitglieder.

Begründung

Auch wenn jetzt massenweise die Menschen gegen die AfD auf der Straße protestieren: Die AfD wird von breiten Teilen der Gesellschaft als Protestpartei wahrgenommen, aber hinsichtlich ihres faschistischen und diktatorischen Potenzials unterschätzt. Es geht nicht allein um reinen Rassismus, es geht um eine rechtsradikale Partei, um die Verharmlosung des Nationalsozialismus und um Volksverhetzung übelsten Ausmaßes, die betroffenen Menschen das Recht auf Leben abspricht.

Auch wenn die Drohungen (noch) vornehmlich gegen Migrant*innen gerichtet sind, ist davon auszugehen, dass sie sich gegen andere Gruppierungen wie Menschen mit Behinderungen, Beziehher*innen von sozialen Leistungen und Linke ausweiten werden. Das alles hatten wir hierzulande von 1933 – 1945 – mit den bekannten verheerenden Folgen. Wir wollen keine Neuauflage dieser Epoche, sondern nach dem Motto: „Wehret den Anfängen!“ einer erneuten Nazi-Diktatur durch eine Aufklärungskampagne entgegenwirken.